

Gloria GRUBER | Juli 2021

ZEIT FÜR EIN SOZIALES EUROPA



Ein gemeinsames europäisches Vorgehen ist angesichts der vielen sozialen Herausforderungen – wie Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Ausgrenzung – wichtiger denn je. Der Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte und der Sozialgipfel in Porto sind eine Chance für eine Trendumkehr hin zu einer solidarischen sozialen Union.

Sozialstaat als Visitenkarte der Gesellschaft

In einigen EU-Ländern kam es in den letzten Jahrzehnten zu einem Rückbau sozialstaatlicher Leistungen ↗ – nicht zuletzt aufgrund von zweifelhaften und folgenschweren Empfehlungen der EU-Kommission ↗ an die Mitgliedstaaten. Die COVID-19-Pandemie hat allerdings gezeigt, dass besonders Länder mit qualitativ hochwertigen öffentlichen Diensten ↗, mit einer starken sozialstaatlichen Absicherung und mit einer funktionierenden Sozialpartnerschaft Krisen deutlich besser bewältigen als andere. Aktuelle Forschungsergebnisse ↗ bestätigen zudem, dass Länder mit verlässlichen und vorausschauenden Sozialsicherungssystemen eine höhere Widerstands- und auch Erholungsfähigkeit haben. **Auf dieser Erfahrung müssen wir aufbauen und endlich ein starkes soziales Europa für alle schaffen!**

Aktionsplan zur europäischen Säule sozialer Rechte: Wichtige Vorhaben, vieles jedoch unverbindlich

Im März 2021 präsentierte die EU-Kommission den lang erwarteten Aktionsplan zur Umsetzung der Säule sozialer Rechte ↗, der die 20 Grundsätze in konkrete Maßnahmen umwandeln soll. Zudem nennt der Plan drei Kernziele, welche die EU bis 2030 erreichen soll. Diese stehen im Einklang mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen ↗ (SDG – Sustainable Development Goals):

- Mindestens 78 % der 20- bis 64-Jährigen sollen einer Beschäftigung nachgehen
- Mindestens 60 % aller Erwachsenen sollen jedes Jahr an Fortbildungen teilnehmen
- Die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen soll um mindestens 15 Millionen verringert werden

Die drei Kernziele sind aus Sicht der AK gut und wichtig, aber leider nicht sonderlich ambitioniert. Sie bleiben außerdem hinter den UN-Nachhaltigkeitszielen zurück: Für den Bereich Beschäftigung sehen die Vereinten Nationen für 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle

Die Europäische Säule sozialer Rechte

Um die soziale Dimension in der EU zu stärken, haben die Regierungsspitzen der EU-Mitgliedstaaten am Sozialgipfel 2017 die Europäische Säule sozialer Rechte proklamiert. Die Säule umfasst 20 wichtige Grundsätze aus den Bereichen „Chancengleichheit und gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt“, „Faire Arbeitsbedingungen“ sowie „Sozialschutz und Inklusion“. Wenngleich die Säule rechtlich unverbindlich ist, hat sie als **zentraler Bezugsrahmen innerhalb der EU-Agenda** das Potenzial, weitreichende und konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Europa anzustoßen.



Eine aktuelle Eurobarometer-Umfrage zeigt: Für 88 Prozent der Befragten ist ein soziales Europa persönlich sehr wichtig!

Impressum

Herausgeberin und Medieninhaberin Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22, Telefon +43 1 501 650 · **Offenlegung gem § 25 des Mediengesetzes** siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum · **Zulassungsnummer** AK Wien 02Z34648 M · **Redaktion** Sarah Bruckner, Frank Ey, Lukas Oberndorfer, Oliver Prausmüller, Henrike Schaum, Norbert Templ, Valentin Wedl · **Grafik** Julia Stern · **Verlags- und Herstellungsort** Wien · **Blattlinie** Die Meinungen der Autorinnen · **Kostenlose Bestellung** unter <http://wien.arbeiterkammer.at/>

**Sozialgipfel in Porto: Wichtige
Etappe für ein soziales Europa**

Beim Sozialgipfel in Porto haben sich die Staats- und RegierungschefInnen in der „Erklärung von Porto“ zur Umsetzung des Aktionsplans bekannt. **Darin haben sie sich ua. verpflichtet, Armut zu bekämpfen, Beschäftigung zu schaffen und für faire Löhne einzutreten.** Besonders positiv ist, dass „Vollbeschäftigung“ wieder in den Fokus gerückt wird und im Kontext des europäischen sozialen Dialogs die europäischen Sozialpartner alternative soziale bzw. ökologische Indikatoren zur Messung von Wohlstand vorgelegt haben, die das künftige Politikdesign ergänzen und das Wohlergehen der Menschen in den Vordergrund stellen sollen.

Frauen und Männer vor. Zudem waren im Jahr 2019 – also noch vor der COVID-19-Krise – ca. 91 Millionen Menschen in der EU von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Gemäß dem UN-Armutziel müsste diese Zahl bis 2030 auf unter 60 Millionen fallen. Das von der EU vorgesehene Ziel zur Verringerung der Armut bleibt hier deutlich zurück. Im Aktionsplan angesprochen sind auch die 673,5 Milliarden Euro im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF – Recovery and Resilience Facility) und ihre Bedeutung für einen sozialen Aufschwung.

Die AK bringt sich seit Jahren aktiv in die Debatte um ein soziales Europa ein. Der Aktionsplan beinhaltet aus unserer Sicht wichtige (legislative) Vorhaben, es finden sich darin aber auch zahlreiche unverbindliche Empfehlungen und „Soft-Law“-Initiativen wieder:



Der Richtlinienvorschlag über angemessene Mindestlöhne in der EU ist eine der wichtigsten Initiativen der EU-Kommission zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von ArbeitnehmerInnen innerhalb der EU und wird vom Europäischen Parlament und den Gewerkschaften unterstützt. Die ArbeitgeberInnenseite und einige Mitgliedstaaten – darunter auch die österreichische Bundesregierung – lehnen den Vorschlag jedoch ab. Sie fordern stattdessen eine rechtlich unverbindliche Empfehlung.



Auch der Richtlinienvorschlag zur Lohntransparenz ist ein wichtiges und längst überfälliges Vorhaben, um Unterschiede in der Entlohnung zu verringern. Denn mangelnde Lohntransparenz ist eines der Haupthindernisse, um eine Entgeltgleichheit zu erreichen.



Für 2021 werden noch Vorschläge zur nachhaltigen Unternehmensführung („Lieferkettengesetz“), zu den Arbeitsbedingungen in der Plattformarbeit sowie zur **Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen** erwartet. Weiters stehen in Zukunft Initiativen zur **Förderung der Sozialwirtschaft**, zum **Kampf gegen Obdachlosigkeit** sowie für **bezahlbaren Wohnraum** auf der Agenda.



Im Kontext der COVID-19-Krise ist zudem das Thema Gesundheit wieder stärker ins Blickfeld gerückt: So sieht der Aktionsplan auch einen neuen **strategischen Rahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz** sowie Initiativen über den **Zugang zu Gesundheitsleistungen und zur Langzeitpflege** vor.



In der Liste der Vorhaben fehlt zudem ein Richtlinienvorschlag für Mindeststandards in der Arbeitslosenversicherung, wie er von Arbeiterkammer und Gewerkschaften schon lange gefordert wird. Gerade in Zeiten der Krise mit hoher Arbeitslosigkeit wäre eine Initiative in diesem Bereich mehr als notwendig.



Für 2022 wurde eine **Initiative zu Mindesteinkommen** angekündigt und damit ein wichtiges Thema aufgegriffen. Dabei soll es sich jedoch lediglich um eine rechtlich nicht bindende Empfehlung handeln – ein Rückschritt, denn die EU-Kommission hatte bereits eine Richtlinie angekündigt.

Um die sozialen Folgen der COVID-19-Krise erfolgreich zu meistern, braucht es aus Sicht der AK auch ein Umdenken in Richtung soziale Union. **Die Erklärung von Porto ist ein wichtiges Signal für ein gerechtes und soziales Europa, dem jetzt konkrete Handlungen und Taten folgen müssen** – sowohl auf Seiten der EU als auch auf der Ebene der Mitgliedstaaten und im Dialog mit den Sozialpartnern. Insbesondere im Hinblick auf die Konferenz zur Zukunft Europas sollte auch die österreichische Bundesregierung die wichtigen Reformvorhaben unterstützen und für den sozialen Fortschritt in Europa eintreten!